

Numerus Clausus ist verfassungswidrig

Beitrag von „Lindbergh“ vom 20. Dezember 2017 18:46

Die Fächerwahl finde ich jetzt nicht so problematisch, da es eben doch genau geregelt ist, was man abwählen darf und was nicht. So viel Freiheit hat man da doch nicht: In Hessen muss man sich in Deutsch, Mathematik, einer Fremdsprache oder einer Naturwissenschaft, einer Gesellschaftswissenschaft, sowie einem beliebigen Fach prüfen lassen. Bei der LK-Wahl *muss* ein Fach ein MINT-Fach oder eine Fremdsprache sein. In der Q1 *muss* man eine Fremdsprache, eine Naturwissenschaft, sowie eine weitere Fremdsprache oder Naturwissenschaft wählen; die ersten beiden *müssen* bis zum Ende belegt werden. Davon mal abgesehen, dass es mitunter sogar schwerer ist, in einer Fremdsprache in die ganz hohen Notenbereiche zu kommen als in einer Naturwissenschaft, ist die Wahl für MINT-LKs ja auch freiwillig und das machen in der Regel auch Schüler, die eine Leidenschaft für diese Fächer haben. Es wird schließlich keiner gezwungen, die anspruchsvollen Leistungskurse Mathematik und Physik zu wählen.

Ich gebe Plattyptus Recht: Wenn das mit den Wartesemestern wirklich so ist, dann sollte es in der Tat reformiert werden, sodass derjenige, der den NC um 0,1 verfehlte, schneller reinkommt, als der, der den NC um 1,5 verfehlte.

Was viele scheinbar falsch verstehen: Es kommt nicht zuerst der NC und dann die Bewerber, sondern andersherum. Der NC ist nur so hoch, weil die Bewerberzahlen die Studienplatzzahlen um ein Vielfaches übersteigen. Man kann also den NC nicht verändern, aber die Studienplatzanzahl. Und dazu muss ich sagen: Es gibt ja gerade in ländlichen Gegenden einen Ärztemangel und selbst in den Städten ist der Ärztebedarf geradeso gedeckt. Die Universitäten könnten also durchaus mehr Studienplätze anbieten. Dass das geht, hat Hessen in Bezug auf den Lehrermangel gezeigt. Sobald bekannt wurde, dass in Hessen Grund- und Förderschullehrer fehlen, wurden die Aufnahmezahlen für diese Studiengänge für dieses Semester mal eben verdoppelt. Da scheint eine grundsätzliche Flexibilität also zu bestehen - sie muss nur politisch gewollt sein.